



Prof. Dr. Heinz Rothgang
Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

Gemeinsam finanzieren – den Einzelnen entlasten

Gemeinsam finanzieren – den einzelnen entlasten Berechnungen zu den finanziellen Wirkungen einer Pflegebürgerversicherung

Präsentation des Gutachtens im Auftrag des AWO-Bundesverbandes
am 16.12.2011 in Berlin

Prof. Dr. Heinz Rothgang,
Zentrum für Sozialpolitik
Universität Bremen

Überblick

- I. Ausgangslage
- II. Pflegebürgerversicherung
- III. Untersuchungsauftrag
- IV. Zentrale Daten und Annahmen
- V. Ergebnisse
- VI. Fazit

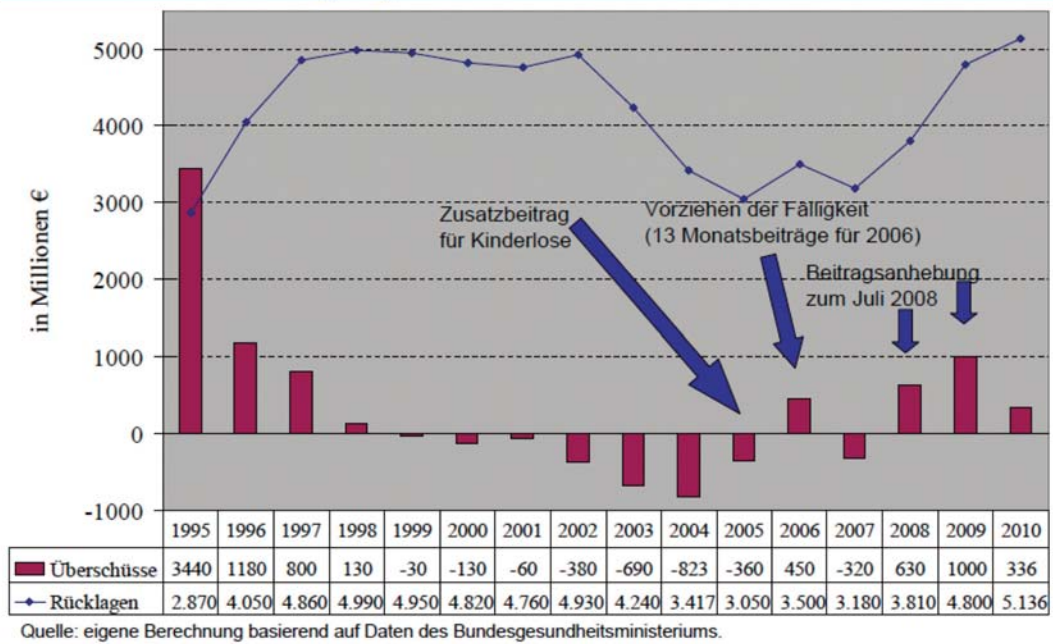
Überblick

- I. Ausgangslage
 1. Finanzsituation
 2. Gerechtigkeitsdefizite
 3. Anforderungen an eine Finanzreform
- II. Pflegebürgerversicherung
- III. Untersuchungsauftrag
- IV. Zentrale Daten und Annahmen
- V. Ergebnisse
- VI. Fazit

I.1 Finanzsituation (1/5)

- Seit der Jahrtausendwende Defizite
- Einzelne Entlastungsmaßnahmen
 - Zusatzbeitrag für Kinderlose (seit 2005)
 - Vorziehen der Fälligkeit (13 Monatsbeiträge 2006)
 - Anhebung des Beitragssatzes (2008)helfen nur temporär

I.1 Finanzsituation (2/5)



I.1 Finanzsituation (3/5)

Tabelle 3: Mehrbelastungen durch Maßnahmen des PfwG in Mrd. € und Beitragssatzpunkten

| Jahr | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2015 | 2020 | 2030 |
|-----------------|------|------|------|------|------|------|------|-------|
| Eckpunkte | | | | | | | | |
| Mrd. € | 0,83 | 0,98 | 1,52 | 1,71 | 2,22 | 3,37 | 4,94 | 12,38 |
| BSP* | 0,09 | 0,09 | 0,15 | 0,16 | 0,2 | 0,28 | 0,36 | 0,68 |
| Gesetzesentwurf | | | | | | | | |
| Mrd. € | 0,48 | 1,04 | 1,53 | 1,70 | 2,20 | | | |

- Durch das PfwG wird lediglich Zeit gewonnen
 - Bereits 2012 ist erneutes Defizit zu erwarten
 - Durch Rücklagen ist Finanzierung gesichert bis 2014
 - Zusätzlich: weitere Ausgaben bei
 - angemessener Dynamisierung
 - Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff

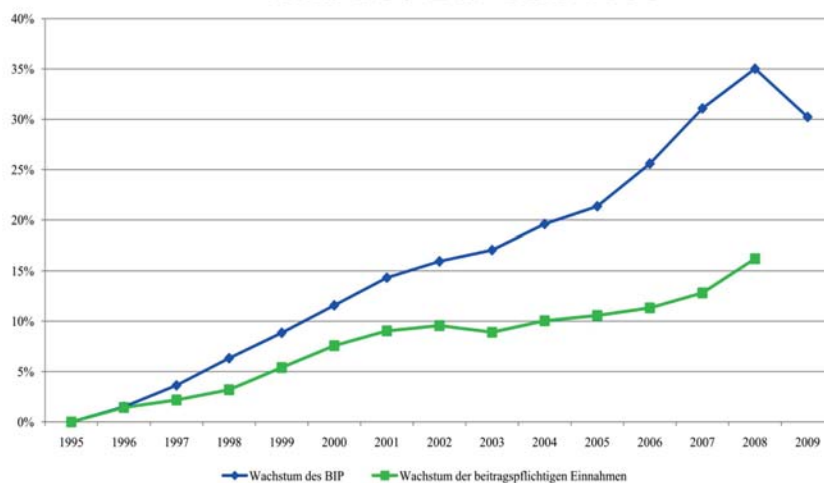
→ Notwendigkeit einer Erschließung weiterer Mittel

I.1 Finanzsituation (4/5)

- Ursachen für Defizite der letzten Dekade:
 - Das Ausgabenwachstum ist nicht exorbitant:
 - Jährliche Rate des Fallzahlwachstums (1997-2004): 2,0%
 - Jährliche Rate des Ausgabenwachstums (1997-2004): 2,2%
 - Die Einnahmeseite ist das Hauptproblem:
 - Jährliche Rate des Einnahmenwachstums: 0,8%
 - Die Einnahmeentwicklung bleibt hinter der Inflationsrate (1,3% im gleichen Zeitraum) und den gängigen Prognosen zurück.
 - Wir haben ein strukturelles Problem!
 - Die Bemessungsgrundlage steigt langsamer als die Ausgaben und systematisch langsamer als das Sozialprodukt
 - Dieses Problem bleibt auch nach dem PfWG bestehen!
- Finanzreform sollte an der Ursache des Problems, der strukturellen Einnahmeschwäche, anknüpfen.

I.1 Finanzsituation (5/5)

Wachstum der beitragspflichtigen Einnahmen zur GKV und des BIP seit 1995



Quelle: Wille 2010, Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2010), Bundesministerium für Gesundheit (2010)

I.2 Gerechtigkeitsdefizite

... bei Bewertungsmaßstab „Leistungsfähigkeitsprinzip“

1. Verstoß gegen horizontale Gerechtigkeit durch
 - a) Beitragszahlung in Abhängigkeit von Einkommensart (nur Lohnneinkommen und Lohnersatzleistungen)
 - b) unterschiedliche Beitragslast bei gleichem Haushaltseinkommen in Abhängigkeit von Einkommensaufteilung innerhalb eines Haushaltes bei Überschreitung der BBG

2. Verstoß gegen vertikale Gerechtigkeit, da
 - a) Umverteilungsbeitrag nur bis zur BBG mit dem Einkommen steigt und dann auf 0 sinkt
 - b) Bei Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze ganz aus der Umverteilung hinausoptiert werden kann.

I.3 Anforderungen an Finanzreform

- Nachhaltigkeit
 - Kopplung der Bemessungsgrundlage an das BIP
 - Einbeziehung der gesamten Bevölkerung
 - Einbezug aller Einkommen(sarten)

- Fiskalische Ergiebigkeit
 - Wahrnehmbare Einnahmensteigerung

- Gerechtigkeit:
 - Horizontale Gerechtigkeit:
gleiche Beiträge bei gleichem Einkommen
 - Vertikale Gerechtigkeit:
höhere Beiträge bei höherem Einkommen

II. Die Pflegebürgerversicherung

- Die Pflegebürgerversicherung im Gutachten
 - Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die Bürgerversicherung
 - Verbeitragung aller beitragspflichtigen Einkommen in einer Beitragssäule
 - Berücksichtigung aller Einkommensarten für die Beitragspflicht
 - Keine Berücksichtigung negativer Einkommen
 - Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf 5.500 Euro (=Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung)
- Untersuchte Leistungsverbesserungen
 - Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff mit 15% Mehrkosten
 - Refinanzierung der Ausbildungskosten durch SPV
 - Beratungsgutscheine für Antragsteller in Höhe von 50 € / Jahr
 - Erhöhung der ambulanten Pflegesachleistungen in Stufe I auf 630 €

III. Untersuchungsauftrag

1. Wie stark kann der Beitragssatz bei Einführung einer Bürgerversicherung gesenkt werden?
2. Wie entwickelt sich dieser Entlastungseffekt im Zeitverlauf?
3. Welche Effekte ergeben sich bei Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und weiteren Leistungsverbesserungen?

IV. Zentrale Daten und Annahmen (1/2)

- **Pflegeprävalenz:**
 - Prävalenzen bleiben im Projektionszeitraum insgesamt konstant
 - Verschiebung der Inanspruchnahme zur formellen Pflege (pro Jahr jeweils 1% der Geldleistungsempfänger)
- **Aufteilung der Gesamtbevölkerung in SPV und PPV:**
 - Versicherte im Alter von 30+ bleiben in ihrem System,
 - Für Versicherte im Alter bis 30 wird jeweils die altersspezifische Verteilung konstant gehalten
- **Einnahmen**
 - Getrennte Fortschreibung der beitragspflichtigen Einkommen und Personenzahlen für Beschäftigte, Rentner, Arbeitslose und Sonstige
 - Lohnentwicklung (real): 1,5% pro Jahr; Korrektur für Rentner durch Nachhaltigkeitsfaktor

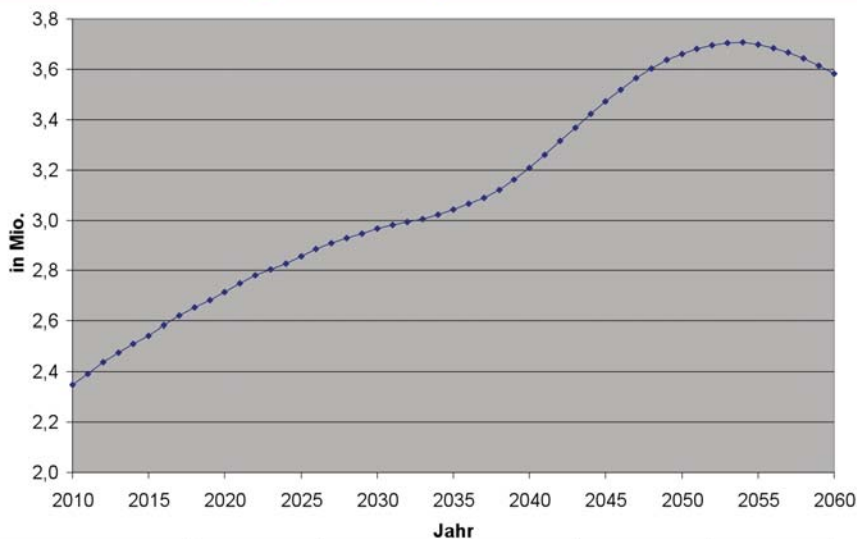
IV. Zentrale Daten und Annahmen (2/2)

- **Leistungsdynamisierung (ab 2015): 2 Varianten**
 - Inflation: entspricht im wesentlichen der aktuellen Rechtslage
 - Rürup-Formel: $(\text{Inflation} + \text{Nominallohnerhöhung}) / 2$
- **Mehrkosten des Pflegebedürftigkeitsbegriffs: 15 %**
- **Weitere Leistungsverbesserungen (ab 2012)**
 - Ausbildungskosten: 120 € pro Jahr und Pflegebedürftigem
 - Beratungsgutscheine: 8 € pro Pflegebedürftigem
 - Wert des Beratungsgutscheins: 50 €
 - Inanspruchnahme: 50% aller Neuantragsteller
 - Verhältnis Neuantragsteller zu Pflegebedürftigen: 1 zu 3
 - Anhebung der Sachleistungen in Stufe I: $630 - 450 = 180$ € pro Pflegebedürftigem in Stufe I

Überblick

- I. Ausgangslage
- II. Pflegebürgerversicherung
- III. Untersuchungsauftrag
- IV. Zentrale Daten und Annahmen
- V. Ergebnisse
 1. Fallzahlentwicklung
 2. Beitragssatzentwicklung in der SPV
 3. Beitragssatzentwicklung in der BV (Grundmodell)
 4. Beitragssatzentwicklung in der BV bei Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und bei Leistungsverbesserungen
 5. Vergleich der Szenarien

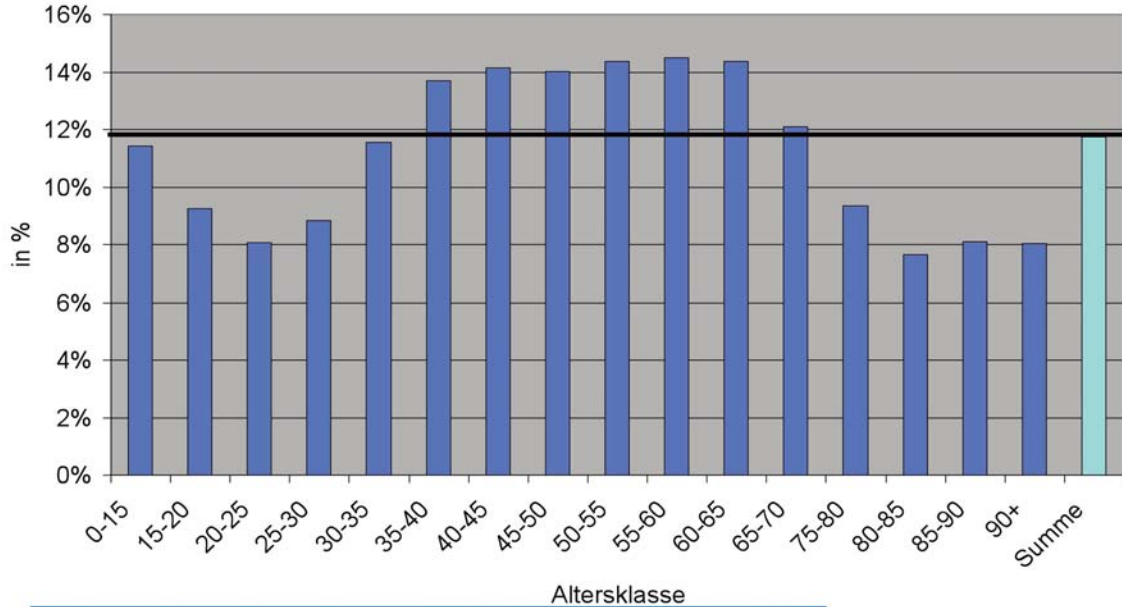
V.1 Zahl der Pflegebedürftigen in der SPV



| | 2009/10 | 2020 | 2030 | 2040 | 2050 |
|-------------------|---------|-------|-------|-------|-------|
| Eigene Berechnung | 2,347 | 2,713 | 2,966 | 3,209 | 3,661 |
| BMG | 2,24 | 2,81 | 3,27 | 3,72 | 4,35 |
| Differenz | -0,107 | 0,097 | 0,304 | 0,511 | 0,689 |

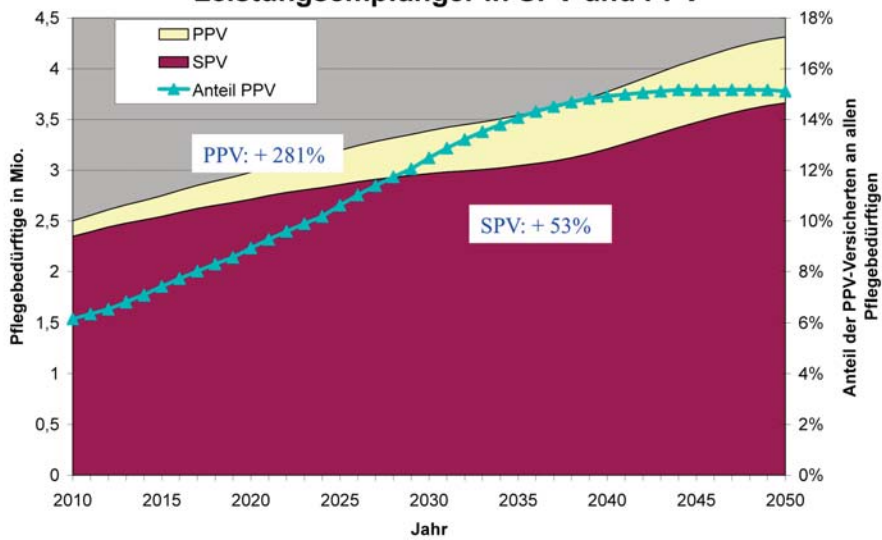
V.1 Alterstruktur in SPV und PPV

Anteil der PPV-Versicherten an den verschiedenen Altersklassen im Jahr 2008



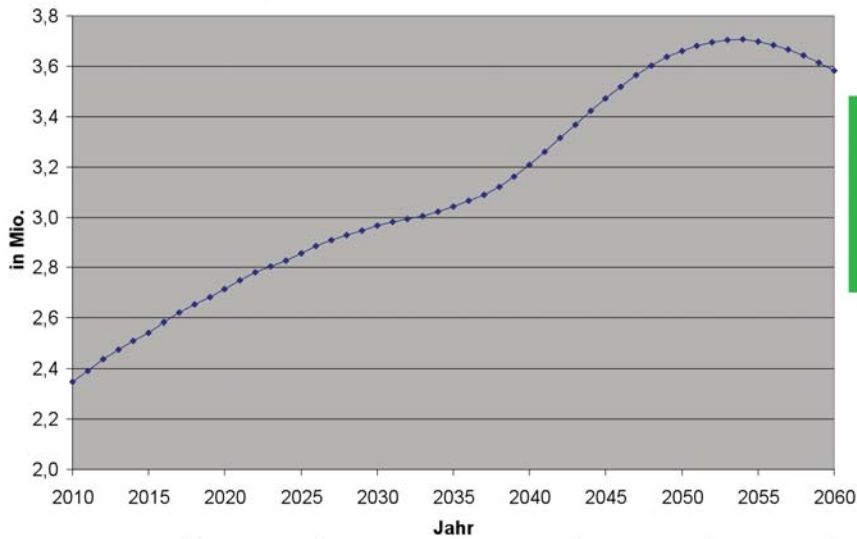
V.1 Pflegebedürftige in SPV und PPV

Leistungsempfänger in SPV und PPV



| | 2010 | 2020 | 2030 | 2040 | 2050 |
|--------------------|--------|--------|-------|-------|-------|
| Bürgerversicherung | 2,501 | 2,979 | 3,389 | 3,772 | 4,313 |
| Eigene Berechnung | 2,4 | 2,9 | 3,4 | 3,9 | 4,5 |
| Differenz | -0,101 | -0,079 | 0,011 | 0,128 | 0,187 |

V.1 Zahl der Pflegebedürftigen in der SPV

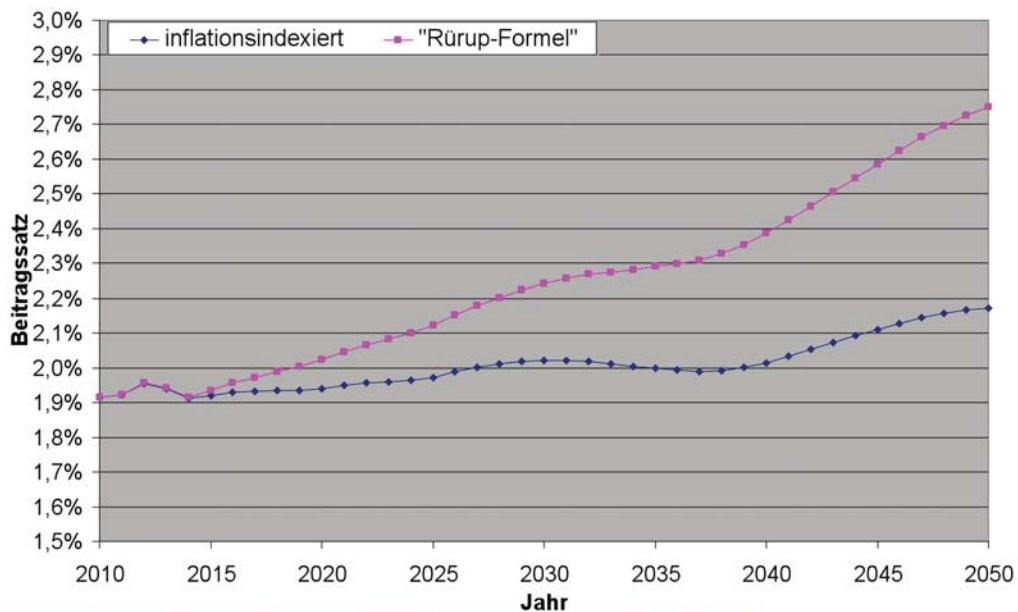


Effekt der Bürgerversicherung wäre höher, wenn die Fallzahlentwicklung des BMG zugrunde gelegt würde!!!

| | 2009/10 | 2020 | 2030 | 2040 | 2050 |
|-------------------|---------|-------|-------|-------|-------|
| Eigene Berechnung | 2,347 | 2,713 | 2,966 | 3,209 | 3,661 |
| BMG | 2,24 | 2,81 | 3,27 | 3,72 | 4,35 |
| Differenz | -0,107 | 0,097 | 0,304 | 0,511 | 0,689 |

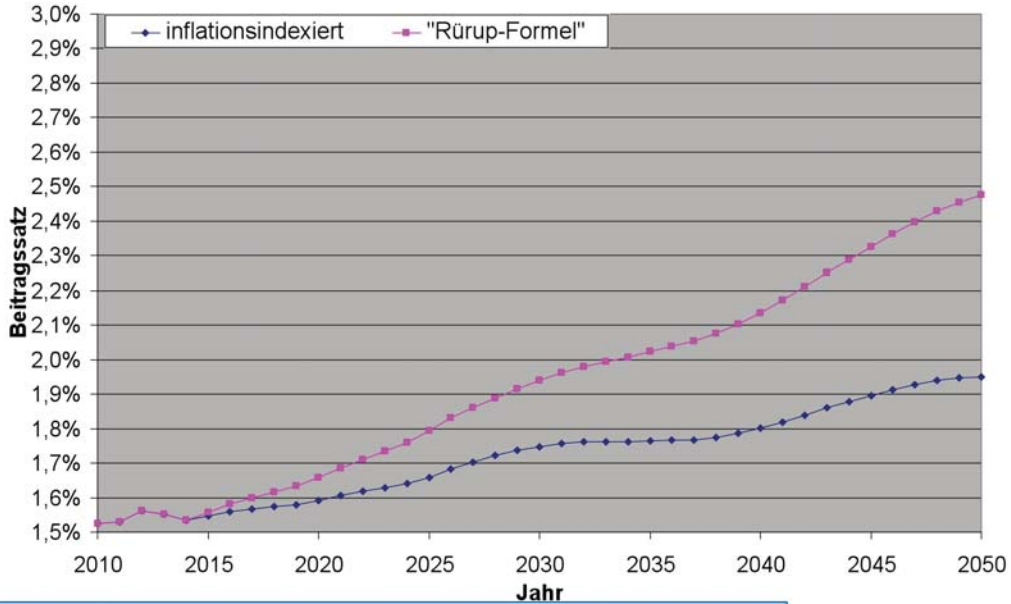
V.2 Beitragssatzentwicklung in der SPV

Zum Budgetausgleich notwendiger Beitragssatz in der SPV



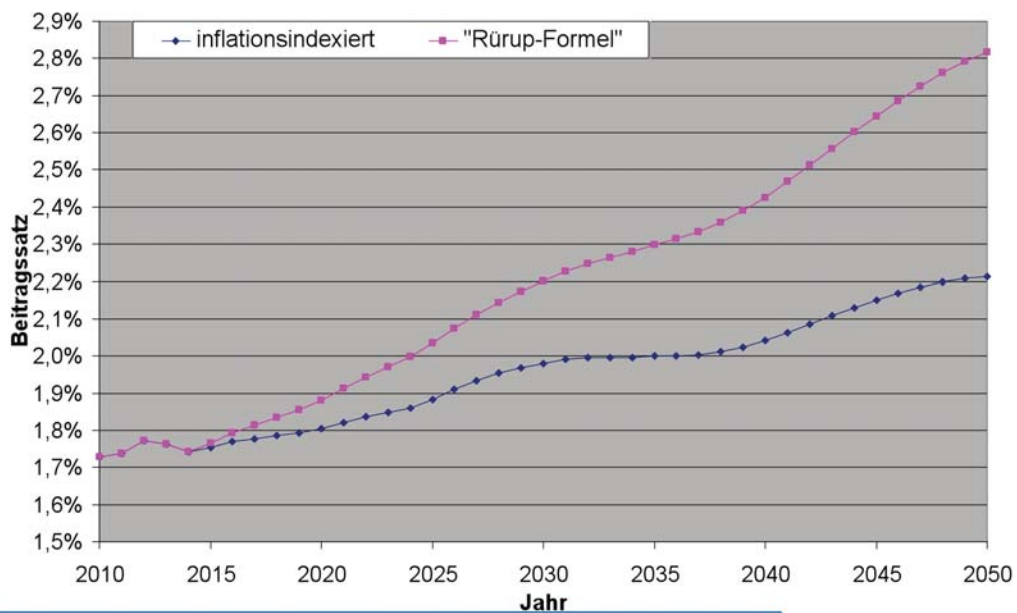
V.3 Beitragssatzentwicklung in der Bürgerversicherung

Zum Budgetausgleich notwendiger Beitragssatz in der BV



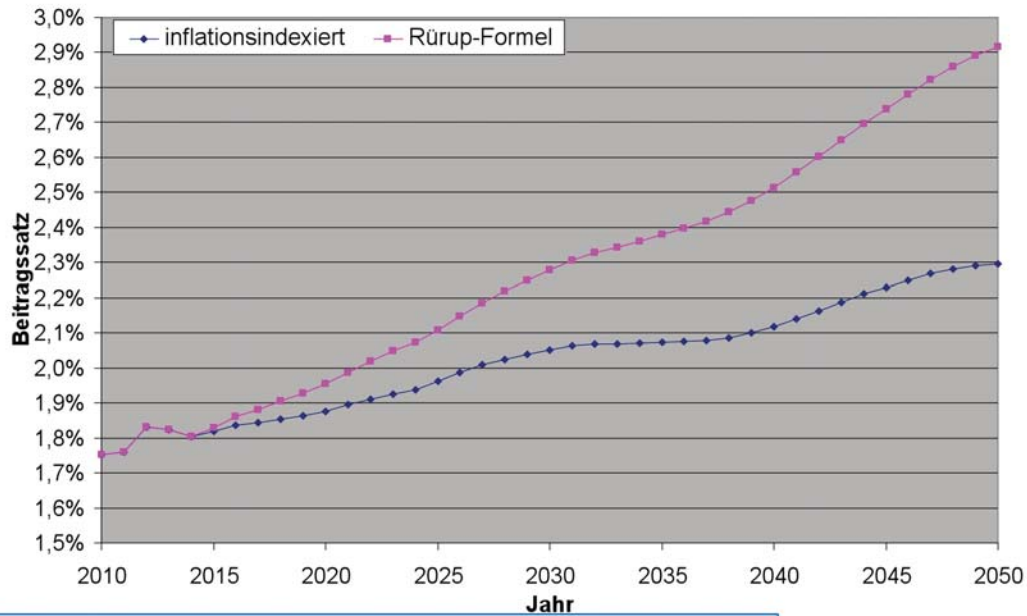
V.4 Beitragssatzentwicklung in der Bürgerversicherung

Zum Budgetausgleich notwendiger Beitragssatz bei Pflegebedürftigkeitsbegriff



V.4 Beitragssatzentwicklung in der Bürgerversicherung

... bei neuem Pflegebedürftigkeitsbegriff und Leistungsverbesserungen



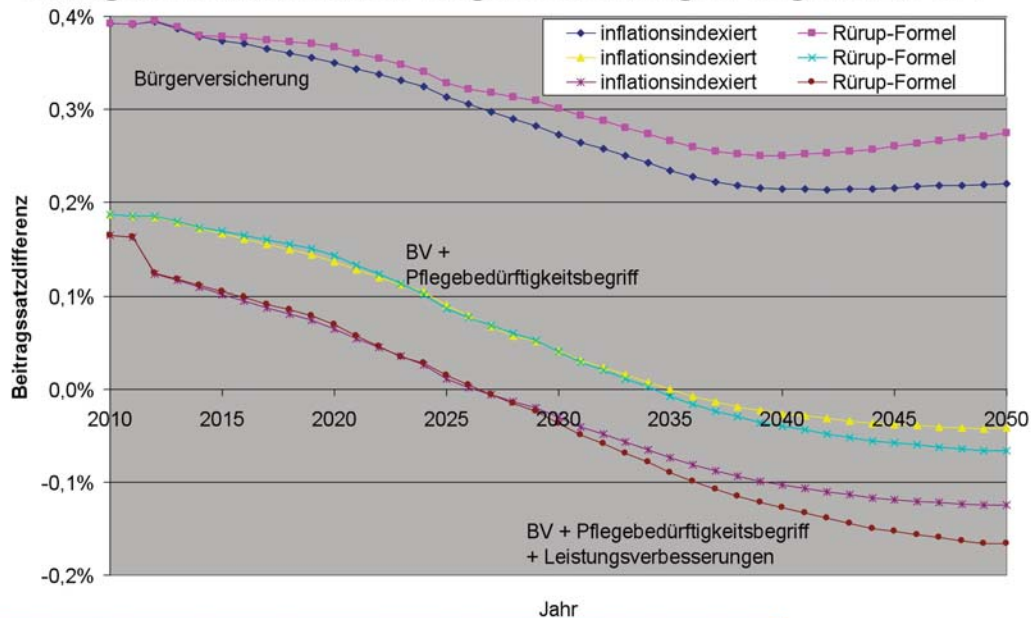
V.5 Beitragssatzdifferenz

Ausgabendeckender Beitragssatz für 2010

| | Ausgabendeckender Beitragssatz | Differenz zum Status quo |
|--|--------------------------------|--------------------------|
| Soziale Pflegeversicherung (Status quo) | 1,92 | 0 |
| SPV + Ausweitung des Personenkreises | 1,65 | 0,27 |
| Bürgerversicherung: Grundmodell | 1,52 | 0,40 |

V.5 Beitragssatzdifferenz

Beitragssatzreduktion durch Bürgerversicherung im Vergleich zur SPV



V. Fazit

- **Pflegebürgerversicherung**
 - verstärkt die Umverteilung in der Sozialversicherung und schließt die Gerechtigkeitslücken
 - beendet die strukturelle Einkommensschwäche der SPV
 - schafft Spielraum für eine Beitragssatzsenkung von 0,4 Beitragssatzpunkten (=20%) bzw. Mehrausgaben von gut 4 Mrd. Euro (Pflegebedürftigkeitsbegriff!) → größerer Effekt als in GKV
 - hat auch langfristig einen niedrigeren Beitragssatz. Allerdings ist dieser Effekt wegen der demographischen Alterung der bislang Privatversicherten rückläufig.
 - Die Integration der PPV-Versicherten legt daher auch die Integration der bisher akkumulierten Altersrückstellungen nahe
- Die Beitragssatzeffekte der Bürgerversicherung werden unterschätzt, weil auch für die SPV für die Zukunft das Ende der strukturellen Einnahmeschwäche unterstellt wurde.

Schluss

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!